

Bern

Wohnen auf der Autobahn

Auf drei Abschnitten zwischen Bern-Wankdorf und Muri wäre es «sinnvoll», direkt über der Autobahn Wohnungen zu bauen. Dies zeigt eine Studie des Bundes. 4000 Menschen könnten dort ein Zuhause finden.

Adrian Schmid

Autobahnen überbauen, um neuen Wohnraum zu schaffen: Die Idee geistert in Bern schon seit längerem umher. Eine neue Studie des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) stuft das Potenzial nun aber als bescheiden ein. Schweizweit wurden 98 Autobahnabschnitte auf ihre Tauglichkeit überprüft. Nur bei 38 sei eine Überbauung oder Überdeckung zweckmässig und sinnvoll, heisst es. Drei dieser Standorte befinden sich aber in der Region Bern entlang der Autobahn A6 zwischen Wankdorf und Muri. Konkret geht es um Abschnitte beim Galgenfeld, beim Egghölzli und beim Sportzentrum Füllerich (siehe Karte). Insgesamt könnten dort eines Tags knapp 4000 Menschen wohnen. In Münsingen und Niederwangen hingegen sind die Voraussetzungen für eine Autobahnüberbauung laut Bericht nicht gegeben.

Grundsätzlich sind Überbauungen von Autobahnen eine kostspielige Angelegenheit. Die Baukosten pro Quadratmeter werden in der Studie auf 4000 bis 6000 Franken geschätzt. «Für Investoren ist das eine riesige Sache. Solange Kantone und Gemeinden keine Beiträge sprechen, wird das niemand tragen können», sagt der stellvertretende BWO-Direktor Felix Walder. Zudem müsse es bei solchen Projekten um mehr als nur um Wohnungsbau gehen. Walder denkt etwa an die Zusammenführung von zerschnittenen Quartieren, städtebaulichen Aufwertungen oder an die Reduktion des Lärms. Im Weiteren ist eine dichte Bauweise unabdingbar. Nur dann lasse sich die Überdeckung der Autobahn und der Bau der Wohnungen ausreichend über Mieterträge finanzieren, heisst es in der Studie. An den drei Standorten im Bereich der A6 rechnen die Verfasser mit entsprechend hohen Ausnutzungsziffern – dem Verhältnis zwischen Grundstücksfläche und Bruttogeschossfläche – von 3,0 oder gar 4,0.

Stadtplaner sieht hohes Potenzial

Aufgrund der hohen Kosten wurden nur Abschnitte bis 500 Meter untersucht. «Längere sind noch einmal deutlich teurer», sagt Walder. Denn es müssten zusätzliche technische Installationen realisiert werden, etwa Brandschutzmassnahmen oder Lüftungsanlagen. Daher fand auch der Vorschlag der IG Muri-Gümligen, die Autobahn im Osten Berns gleich zwischen Saali und Gümligen zu überdecken, keine Aufnahme in der Studie. Andere Vorschläge wurden ebenfalls nicht berücksichtigt – etwa eine Autobahnüberbauung im Bereich des Neufeld-Anschlusses oder im Zusammenhang mit der Waldstadt Bremer.



Zwischen dem Egghölzli und der Wittigkofen-Siedlung (links) böte sich die Überbauung der Autobahn an. Foto: Stefan Anderegg

Der Berner Stadtplaner Mark Werren kommt indes zu einem anderen Schluss als der Bund. Für ihn zeigt der Bericht, dass es «ein hohes Potenzial gibt». Man müsse eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung machen und sich nicht nur auf die reinen Baukosten abstützen. «Autobahnansanierungen mit städtebaulichen Verbesserungen sind nachhaltige, langfristig wirkende Investitionen», sagt Werren. Mit der geplanten Stadtreparatur in Bern-Ost erfolge eine zentrumsnahe Verdichtung, neue Quartiernetzwerke, und letztendlich werde die Lebensqualität für Tausende Haushalte enorm verbessert.

Allerdings dürfte vorderhand nicht viel passieren. Denn nach wie vor ist unklar, wie die künftige Streckenführung aussieht. Der Bundesrat hat es vor knapp zwei Jahren abgelehnt, die Autobahn zwischen Wankdorf und Muri in den Boden zu verlegen. Er stuft das Vorhaben nicht als wichtig ein. In der Folge formierte sich eine breit abgestützte Berner Lobby, die dafür sorgen will, dass der A-6-Bypass nicht auf der langen Bank landet. Der Kanton reichte zu diesem Zweck beim Bund sogar eine Ständesinitiative ein.

Hier könnte die Autobahn überbaut werden



Bund-Grafik: mt/Quelle: Bundesamt für Wohnungswesen

Bildungskommission will Kategorie «erhaltenswert» abschaffen

Wegen der Denkmalpflege würden viele Umbauprojekte blockiert, findet eine grossräumliche Kommission und fordert die Abschaffung der Kategorie «erhaltenswert».

Lisa Stalder

Rund zehn Prozent aller Gebäude im Kanton Bern werden von der Denkmalpflege als «schützenswert» oder «erhaltenswert» eingestuft. Das seien viel zu viele, findet eine knappe Mehrheit der grossräumlichen Bildungskommission. Sie beantragt deshalb, die Kategorie «erhaltenswert» ganz abzuschaffen. Die Denkmalpflege soll sich künftig lediglich auf den Typus «schützenswert» konzentrieren, wobei die Anzahl geschützter Gebäude um mindestens die Hälfte reduziert werden soll. Dies teilte die Bildungskommission des Grossen Rats gestern mit.

Nach Ansicht der vorwiegend bürgerliche Kommissionsmehrheit werden durch das Kategoriensystem der Denkmalpflege moderne und zeitgemässe Umbauten erschwert oder gar verhindert. Auch sei eine bessere Nutzung be-

stehender Gebäude durch diese Restriktion erst gar nicht möglich. In Zukunft seien aber Verdichtung und der haushälterische Umgang mit dem Bauland wichtig. Auch bei energetischen Sanierungen seien den Bauherren oftmals die Hände gebunden. «Vor lauter Bewahren sollten wir uns nicht unsere Zukunft verbauen», sagte FDP-Grossrätin Corinne Schmidhauser auf Anfrage. Sie betonte aber auch, dass es den Befürwortern nicht darum gehe, Tabula rasa zu machen. «Wir schätzen es sehr, dass im Kanton Bern zu alten und besonderen Gebäuden so viel Sorge getragen wird.» Etwas mehr Flexibilität sei aber dringend nötig. Sie hoffe sehr, dass es für Hausbesitzer künftig einfacher werde, einen Umbau anzugehen.

Rot-grüne Mitglieder dagegen

Es waren allerdings nicht alle Mitglieder der Bildungskommission dieser Meinung. Für die rot-grüne Minderheit ist die Streichung der Kategorie «erhaltenswert» nicht zielführend. Denn bereits heute hätten die Baubewilligungsbehörden bei erhaltens- und schützenswerten Bauten genügend Spielraum, den Fachbericht der Denkmalpflege zu gewichten und gegebenenfalls auch dagegen zu entscheiden. Häufig sei es auch nicht die

Denkmalpflege, die ein Bauvorhaben blockiere, sagte die grüne Grossrätin Bettina Keller auf Anfrage. Oftmals sei es die Gemeinde oder ein Nachbar, der Einsprache erhebt. Zudem verhindere die Kategorie «erhaltenswert», dass Ortsbilder zerstört würden. Dies, weil dank der Inventarisierung eine Auseinandersetzung mit den Gebäuden stattfinden müsse.

Keller hofft, dass mit dem knappen Entscheid der Kommission das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. «Es wäre ein schlechtes Signal an andere Kantone, wenn Bern dieser Änderung zustimmen würde.» Bern gelte in dieser Hinsicht als Vorzeigekanton, wird derzeit doch in etlichen Kantonen darüber nachgedacht, die Kategorie «erhaltenswert» neu einzuführen. Der Grosser Rat wird sich in der Januar-Session mit dem Thema befassen.

Landhaus und Hörsaalzentrum

Der städtische Denkmalpfleger Jean-Daniel Gross wollte sich zum Antrag der Bildungskommission nicht äussern. Er betont aber, dass schützenswerte und erhaltenswerte Bauten stets im Gesamtkontext zu betrachten seien. Die schützenswerten Bauten seien jeweils jene, die aus dem Ganzen herausragten. Als

Beispiel nennt er jene Häuser im Breitenrainquartier aus dem 19. Jahrhundert, die beispielsweise mit einem Erker ausgestattet sind. Die Häuser daneben und dazwischen, die architektonisch etwas weniger aufwendig gestaltet sind, gehörten dann zu den erhaltenswerten Bauten. Auf dem Land verhalte es sich ähnlich: Da seien beispielsweise die Kirche und das Pfarrhaus geschützt, das Bauernhaus und die Scheune hingegen gelten als erhaltenswert. «Dennoch bildet nur alles zusammen ein stimmiges Ensemble.» In der Stadt Bern sei rund die Hälfte der von der Denkmalpflege registrierten Gebäude erhaltenswert. Als Beispiele nennt Gross das ehemalige Restaurant Landhaus an der Altenbergstrasse, die Häuser an der Humboldtstrasse, das Kirchgemeindehaus Bümpliz oder aber die Weichenbauhalle an der Fabrikstrasse 6A, wo sich heute das Hörsaalzentrum der Uni Bern befindet. Im Inventar der Denkmalpflege sind im Kanton Bern rund 36 000 Gebäude aufgeführt, etwa 23 000 gelten als erhaltenswert.

Erhaltenswerte Bauten Bilder von Berner Gebäuden finden Sie hier:

www.erhaltenswert.derbund.ch



Adventskalender

20. Dezember

Das Glöggli als Erlösung

Was bedeutet Weihnachten für Sie? Weihnachten ist für mich das Familienfest des Jahres.

An welches Weihnachtserlebnis erinnern Sie sich wieder gerne?

Als ich noch klein war, hat meine Mutter immer ein Glöckchen geläutet als Zeichen, dass «das Christkind jetzt fertig ist mit dem Geschenkbringen» und die Bescherung beginnt. Das befreiende Gefühl, dass es jetzt endlich losgeht, werde ich nie vergessen.

Welches war das schönste/schlimmste Weihnachtsgeschenk?

Schöne gab es viele: die ersten Kinder-Ski, mit denen ich monatelang durch die Wohnung gestampft bin, oder der Sturzhelm, damit ich mich auf meinem Dreirad wie ein Rennfahrer fühlen konnte. An ein schlimmes Geschenk kann ich mich nicht erinnern.

Worauf würden Sie verzichten?

Ich würde mittlerweile auf den ganzen Vorweihnachts-Geschenkestress verzichten. Für mich steht inzwischen das gemeinsame Feiern im Mittelpunkt.

Haben Sie einen Weihnachtswunsch für sich oder für andere?

Ich wünsche mir, dass ich im kommenden Jahr zum selben Zeitpunkt genauso zufrieden bin wie heute. Und allen anderen wünsche ich, dass sich ihre Weihnachtswünsche erfüllen.

Welches Rezept würden Sie gerne mit anderen «Bund»-Lesern teilen?

Lebkuchen sind mein Lieblings-Weihnachtsgeschenk. Leider bin ich kein begabter Bäcker, aber als erfahrener Esser habe ich einen einfachen Tipp, wie Lebkuchen länger weich bleiben oder harte wieder weich werden: einfach eine Apfelspalte in die Dose geben, in der sie aufbewahrt werden.

Andreas Heisenberger, Bern

Advent Alle Beiträge im Adventskalender

www.advent.derbund.ch

Perina-Werz sieht viel Potenzial in CVP

Die bernische CVP hat eine neue Präsidentin. Alexandra Perina-Werz will die Partei im Kanton stärken und im kommenden Jahr vor allem eines erreichen: Die Partei soll ihren vor drei Jahren verlorenen Nationalratssitz zurückerobern.

Im Kanton Bern habe die CVP ein grosses Potenzial, sagte Perina-Werz gestern vor den Medien in Bern. Die frischgebackene Präsidentin will mit dem neuen Vorstand «auf den bestehenden Stützpunkten in Bern und Umgebung, Biel, Thun und Burgdorf aufbauen» und so die Partei stärken.

Perina-Werz ist kein Politik-Neuling. Sie war von 2008 bis 2013 politische Fraktionssekretärin der CVP/EVP. Im November 2013 rutschte die 38-Jährige in den Grossen Rat nach, verpasste aber die Wiederwahl im März 2014. Reto Nause, Stadtberner CVP-Gemeinderat und Partei-Vorstandsmitglied, ist vom Potenzial der CVP überzeugt. Er verwies auf die Parteiparolen, die gerade im Kanton sehr gut mit den Abstimmungsergebnissen übereinstimmen: «Wir politisieren so, wie die Bernerinnen und Berner abstimmen.» Das müsste sich laut Nause in höheren Wähleranteilen auswirken. Besonders punkten will die CVP mit Familienpolitik. (sda)